

Bern muss über die Bücher

In der Causa Ammann-Gruppe haben die Behörden versagt. Von Daniel Gerny

Die Eidgenössische Steuerverwaltung spricht in ihrem Bericht zur Steuerveranlagung der Ammann-Gruppe Klartext: Auf Basis der damals vorliegenden Grundlage hätte das Ruling, das es dem Langenthaler Unternehmen ermöglichte, Steuern in Millionenhöhe zu sparen, nicht genehmigt werden sollen. Der Fall, der anfänglich zu Unrecht den damaligen Chef der Ammann-Gruppe, Bundesrat Johann Schneider-Ammann, in die Schlagzeilen katapultierte, fördert den saloppen Umgang der bernischen Behörden in komplexen Steuersachen zutage. Im Zweifelsfall, so lässt die Angelegenheit vermuten, stimmte die Steuerverwaltung solchen Vereinbarungen zu – ohne wirklich hinzuschauen. Wie viele Einnahmen dem finanzschwachen Kanton so entgangen sind, lässt sich kaum eruieren.

Die Berner Politik muss diese Geschichte gründlich aufarbeiten. Das betrifft einerseits die Steuerverwaltung selber, die ihren Blick in Bezug auf solche Rulings – soweit nicht bereits erfolgt – weiter schärfen und ähnliche Abkommen zurückhaltender genehmigen muss. Gleichzeitig müssen die verschiedenen Aufsichtsorgane ihre Tätigkeit intensivieren und koordinieren. Fehlentwicklungen dürfen nicht deshalb unentdeckt bleiben, weil die Zuständigkeiten unklar sind. Zur Schaffung von Transparenz ist überdies das Parlament als Inhaber der Oberaufsicht gefordert. Es ist wünschenswert, die Tragweite der bisherigen Praxis abzuklären.

Die Berner Finanzverwaltung und die Politik haben erste Konsequenzen gezogen – doch abgeschlossen ist die Aufarbeitung nicht. Zu berücksichtigen ist aber auch, dass das umstrittene Ruling vor acht Jahren abgeschlossen wurde – zu einer Zeit, als die Sensibilitäten weniger ausgeprägt waren als heute. Das gilt in rechtlicher Hinsicht: Erst aufgrund der Rechtsprechung vor wenigen Jahren ist der Ermessensspielraum der Behörden eingeschränkt worden. Ein Gutachten des Steuerexperten Urs Behnisch lässt vermuten, dass sich in der Vergangenheit längst nicht nur der Kanton Bern grosszügig gezeigt hat.

Aber auch in politischer Hinsicht sind die Empfindlichkeiten grösser geworden. Juristisch korrektes, jedoch für den Steuerstandort möglicherweise nachteiliges Verhalten wird heute kritischer beurteilt als früher. Diese Entwicklung müssen sich beide Seiten vor Augen führen: Behörden, die Steuerrulings abschliessen – und die Unternehmer, die sie beantragen.

Eine offene Wunde

Auch 100 Jahre nach dem Völkermord an den Armeniern streitet die Türkei diesen beharrlich ab. Damit verpasst sie eine historische Chance. Von Daniel Steinwirth

Auf dem «Hügel der Ewigen Freiheit» am Istanbuler Ehrenfriedhof liegt heute einer der schlimmsten Kriegsverbrecher des 20. Jahrhunderts begraben. Es ist Talat Pascha, der ehemalige Innenminister und Grosswesir des Osmanischen Reiches. Ein Sondergericht in Istanbul befand den Jungtürken bereits 1919 für schuldig, mehrere Massaker an Armeniern geplant und durchgeführt zu haben, und verurteilte ihn in Abwesenheit zum Tode. Zwei Jahre später erschoss ihn ein armenischer Attentäter im deutschen Exil. Doch erst 1943 wurde Talats Sarg in die Türkei übergeführt, wo der Mann, der einst die «Verschickung» von bis zu 2 Millionen Christen in die Syrische Wüste befohlen hatte, von vielen als Held verehrt wird. Etliche Stadtviertel, Strassen, Moscheen und Schulen tragen heute Talats Namen, und selbst Egemen Bagis, bis 2013 Europaminister der Erdogan-Regierung, fand in einem Interview nichts Verwerfliches daran, des Hauptverantwortlichen des Völkermordes zu gedenken.

Staatstragende Leugnung

Es fällt immer wieder schwer, dies zu begreifen: Auch 100 Jahre nach Beginn der Todesmärsche und Massaker, die bis zu 1,5 Millionen armenische, aber auch mehrere hunderttausend assyrische Opfer forderten, weigert sich die offizielle Türkei nicht nur, von Genozid zu sprechen. Sie lässt auch die Verehrung der Täter zu oder betreibt diese sogar selbst. Und mehr noch: Trotz allen Gesten guten Willens gegenüber der armenischen Minderheit in jüngster Zeit fällt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan immer wieder durch rhetorische Aussetzer auf. Wie sicher sollen sich die Nachfahren der Überlebenden fühlen, wenn Erdogan, wie 2010 geschehen, mit der Ausweisung aller armenischen Gastarbeiter droht (so seine Reaktion auf eine damals angekündigte Genozid-Resolution aus den USA)? Oder wenn er während eines Fernsehauftritts 2014 sagt, er sei «hässlich» beschimpft worden, nämlich als «Armenier»? Wie passt dies auf der anderen Seite damit zusammen, dass Erdogan im vergangenen April den Armeniern offiziell kondolierte und – immerhin – von den «inhumanen Konsequenzen» der Deportationen sprach? Die Restaurierungen armenischer Kirchen unter Erdogan gehören ebenso zu seiner ambivalenten Regierungsbilanz wie der Abriss eines Genozid-Denkmal an der armenischen Grenze, der Versuch einer Annäherung an das kleine Nachbarland im Jahr 2009 ebenso wie der diplomatische Stillstand sechs Jahre später.

Der vorläufige Tiefpunkt im schwierigen türkisch-armenischen Verhältnis ist die Entscheidung Ankaras, eine Veranstaltung zum Gedenken an die Schlacht von Gallipoli ausgerechnet auf den 24. April zu legen, genau auf jenen Tag also, an dem in Erewan der Opfer des Völkermordes gedacht wird. Die Peinlichkeit, auch an Armeniens Staatschef Sersch Sargsjan eine Einladung zu verschicken, hätte man sich sparen können. Doch vermutlich war der Affront gewollt. Am offiziellen Geschichtsbild, laut dem sich der Staat gegen die feindlichen, potenziell staatszersetzenden Minderheiten damals hat zur Wehr setzen müssen, will der Präsident ohnehin nicht rütteln. Und nach diesem erscheint die Leugnung des Genozids – der als solcher von kaum einem Historiker ausserhalb der Türkei bestritten wird – geradezu staatstragend. Erdogan führt damit eine unselige Tradition der kemalistischen Republik fort; er, der einst angetreten war, das Land freier, demokratischer und weniger nationalistisch zu machen. Tatsächlich beschwört aber gerade Erdogan immer wieder die kulturell und religiös homogene Nation. Der Nationalismus, angereichert mit neosomanischer Folklore und staatlich verordneter Frömmigkeit, ist ein fester Bestandteil seines politischen Repertoires.

Verteidigung der Vergangenheit

Dabei hätte wohl gerade Erdogan die Statur zur Aussöhnung mit den Armeniern. Als Erbe des Osmanischen Reiches, als den er sich gerne darstellt, zwingt ihn niemand, die Geschichtsschreibung der Jungtürken mitzutragen. Als gläubiger Muslim könnte er Barmherzigkeit beweisen und für die Opfer von 1915 öffentlich beten. Dass ihm das Wort «Genozid» im Übrigen leicht über die Lippen kommt, bewies er mit Blick auf die Palästinenser hinlänglich. Sicher, die grosse Mehrheit der türkischen Bevölkerung teilt seine Ansichten. Nur neun Prozent der Türken wollen laut einer neuen Umfrage, dass die Regierung das Wort «Völkermord» verwendet. Sie haben in heute noch immer verwendeten Schulbüchern gelesen, dass «armenische Banden» die Nation bedrohten und deswegen vertrieben werden mussten. Und doch will sich ein wachsender Teil der türkischen Gesellschaft mit ebendiesen Dogmen nicht mehr abfinden. Viele fordern eine ehrliche Aufarbeitung, keine Verteidigung der Vergangenheit. Die politische Klasse könnte davon lernen. Zum wichtigsten Gedenktag der Armenier aber wurde diese Chance verpasst.

Keimzellen als Problem

Was hat heikle Grundlagenforschung mit PID zu tun? Nichts. Von Alan Niederer

Für die Befürworter der Präimplantationsdiagnostik (PID), über die am 14. Juni abgestimmt wird, ist die Nachricht eine Katastrophe: Chinesische Forscher haben erstmals menschliche Embryonen genetisch manipuliert. Eine solche Meldung hatte gerade noch gefehlt. Sie dürfte einige Unentschlossene zu einem Nein an der Urne bewegen. Nach dem Motto: Lieber den Status quo beibehalten als etwas Neues einführen, das einem Angst macht. Warum eine solche Haltung irrational wäre: Erstens würde ein Nein zur PID-Vorlage eine zeitgemässe Fortpflanzungsmedizin in der Schweiz auf Jahre hinaus blockieren. Und zweitens haben die umstrittenen chinesischen Experimente und die PID à la Suisse nichts miteinander zu tun.

Bei der PID geht es darum, bei einem Embryo festzustellen, ob er eine krank machende Genmutation von seinen Eltern geerbt hat oder eine Chromosomenstörung vorliegt. Ist das der Fall, wird der Embryo der Frau nicht eingesetzt. Was die chinesischen Wissenschaftler gemacht haben, geht weit über diese Methode der Reproduktionsmedizin hinaus. So haben sie bei ihren Embryonen an einer Stelle im Erbgut ein Gen aktiv «umgeschrieben». Ihre Arbeit ist reine Grundlagenforschung, mit praktischer Medizin hat sie nichts zu tun. Die Forscher wollten wissen, ob die bei Mäuse-Embryonen und Körperzellen bereits eingesetzte Technik zur Gen-Korrektur auch bei menschlichen Embryonen funktioniert. Und sie kamen zum Schluss, dass das noch nicht der Fall ist. Denn bei vielen Embryonen gelang das Gen-Editing nicht. Und was noch schlimmer ist: Es löste selbst neue Mutationen aus.

Das zeigt, dass diese Gen-Therapie noch unbekannte Gefahren birgt. Und weil sie in die Keimzellen eingreift, betreffen diese Gefahren nicht nur die Person, die aus dem manipulierten Embryo entsteht, sondern auch ihre Nachkommen. Das ist ein wichtiger Grund, weshalb viele Experten eine solche Behandlung ablehnen. Wenn die Experimente aus China dennoch etwas Gutes haben, dann dies: Sie führen uns vor Augen, wie weit die Forschung fortgeschritten ist und wo ihre Grenzen liegen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass in vielen Ländern – so auch in der Schweiz – Eingriffe in die menschliche Keimbahn unter Strafandrohung verboten sind. Die Gesellschaft hat es also in der Hand, fragwürdige Therapien zu unterbinden. Ebenso sollte sie bei sinnvollen Methoden wie der PID Hand zu einer Gesetzesänderung bieten.

GASTKOMMENTAR

Mit Symptombekämpfung ist es in Libyen nicht getan

Instabilität, Flüchtlingsströme und Terrorismus erfordern von der EU hohen Einsatz und langen Atem. Die Bekämpfung der Ursachen der Misere erfordert eine längerfristige Strategie. Von Nicole Koenig und Nikolas Scherer

2011 warnte Libyens langjähriger Diktator Ghadhafi: «Wenn statt einer stabilen Regierung, die Sicherheit garantiert, mit bin Ladin verbundene Milizen die Kontrolle übernehmen, werden die Afrikaner in Massen nach Europa strömen. Das Mittelmeer wird im Chaos versinken.» Vier Jahre später wirkt das Schreckensszenario bedrückend nah. Der Demokratisierungsprozess ist gescheitert. Das Land besitzt zwei Regierungen: eine international anerkannte im ostlibyschen Tobruk, eine islamistische Gegenregierung in Tripolis.

Maritime Operationen reichen nicht

Seit Mitte 2014 herrscht ein Bürgerkrieg, der durch Nachbarstaaten wie Ägypten oder Katar angeheizt wird. Laut dem Direktor der EU-Grenzschutzagentur Frontex warten bis zu eine Million Flüchtlinge darauf, Libyen zu verlassen. Der IS hat das Machtvakuum genutzt, um sich in der Hafenstadt Derna und der Ölstadt Sirte zu etablieren. Ausländische Kämpfer und Schlepperbanden gehen im Land ein und aus. Manche sprechen vom «neuen Somalia» – einem gescheiterten Staat und Terrornest. Der Unterschied ist, dass Libyen nur wenige hundert Kilometer vor Europas Küsten liegt.

Der Situation ist man sich in Brüssel seit längerem sehr wohl bewusst. Wie man damit umgehen soll, weiss man jedoch nicht so recht. Der Handlungsdruck scheint nicht gross genug. Vieles hat man ausprobiert, doch richtig gewollt hat man es nicht: 2013 hatten sich die Mitgliedsstaaten zur

Grenzschutzmission EUBAM Libyen durchgerungen. Die Mission war vor allem beratend in Tripolis tätig, vernachlässigte aber die gefährliche Südgrenze des Landes. Waffen, Schlepperbanden und Milizen konnten sich weiterhin relativ ungestört zwischen Libyen und der Sahelzone bewegen. Als Mitte 2014 dann auch Tripolis zu gefährlich wurde, verlegte man EUBAM Libyen nach Tunesien und setzte die Mission somit de facto aus. Seit Ende 2014 unterstützt die EU mit der Frontex-Mission «Triton» Italien bei der Seenotrettung von Flüchtlingen und der Überwachung der EU-Aussengrenzen. «Triton» ist jedoch viel kleiner als die italienische Vorgängermission «Mare Nostrum» und beschränkt sich auf italienische Gewässer. Ein militärisches Eingreifen in Libyen, unter anderem von Rom anregt, hat die EU ausgeschlossen. Übrig blieben Aufrufe zur friedlichen Beilegung des Konflikts sowie die Unterstützung der Bemühungen des Uno-Sondergesandten León zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien.

Am 19. April erhielt die EU einen deutlichen Weckruf. Einen Tag vor dem gemeinsamen Treffen der EU-Aussen- und -Innenminister ertranken bis zu 950 Flüchtlinge vor der libyschen Küste. Die Minister waren sich daraufhin einig: Die EU muss entschiedener handeln. Brüssel unterstrich nicht nur die Bereitschaft, die Verhandlungen der Uno zu unterstützen, sondern stellte auch eine zivilmilitärische maritime EU-Operation zur Bekämpfung von Schlepperbanden in Aussicht. Die europäische Anti-Piraterie-Operation «Atalanta», die seit 2008 den Golf von Aden sichert, wurde von

den Ministern als Vorbild genannt. Darüber hinaus einigte man sich darauf, die Mittel der Frontex-Mission «Triton» zu verdoppeln und das Einsatzgebiet auszuweiten. Die EU will ihre Migrationspolitik überarbeiten und ihren Einsatz bei der Seenotrettung erhöhen. Diese Massnahmen waren überfällig und sind zu begrüssen. Doch sie gehen am Kern der Problematik, der prekären Sicherheitslage in Libyen, vorbei. Sie bekämpfen Symptome, nicht Ursachen. Eine «grand strategy» für Libyen gibt es nicht. Laut Uno darf man zwar auf einen baldigen Durchbruch bei den Verhandlungen zwischen den libyschen Konfliktparteien und die Bildung einer nationalen Einheitsregierung hoffen. Was aber, wenn die Verhandlungen scheitern? Wenn eine politische Lösung im Nachhinein torpediert wird? Auf diese Szenarien hat die EU keine Antwort. Eine zivil-militärische EU-Operation vor der Küste Libyens mag sinnvoll sein, um verbrecherischen Banden und Schmugglern das Handwerk zu legen, wird aber nicht die Probleme vor Ort lösen. Die EU hinkt der Uno in Sachen Handlungsfähigkeit weiterhin hinterher.

Vermittlung, Terrorbekämpfung, Solidarität

Die Europäer müssen sich energischer für eine politische Lösung des Konflikts in Libyen einsetzen. Eine Möglichkeit wäre die Nominierung eines EU-Sondergesandten, der die Vermittlungen aktiver unterstützt. Ein politischer Dialog muss auch auf die Einmischung von Ägypten oder Katar ab-

zielen. Falls es zu einer Regierung der nationalen Einheit kommt, sollte die EU sich entschieden für die Stabilisierung Libyens einsetzen. Es geht darum, sich mit geeinter Stimme und unter Einbeziehung der regionalen Player für eine robuste Uno-Friedensmission zur Sicherung des Waffenstillstands zu engagieren. Die EU kann sich dann mit flankierenden Massnahmen zur Bekämpfung der Schlepperbanden und zur Sicherung kritischer Infrastruktur in Libyen einbringen. Der Weg bis zum stabilen Waffenstillstand ist allerdings lang und steinig. Bis dahin gilt es regionale Auswirkungen des Konflikts einzudämmen und Nachbarstaaten wie Tunesien und Niger bei der Terrorismusbekämpfung und im Bereich Sicherheit zu unterstützen. In Migrationsfragen ist Solidarität gefordert. Es kann nicht sein, dass der Einsatz der EU in Form der Mission «Triton» weiter hinter die Bemühungen der italienischen Regierung zurückfällt.

Die EU muss ihre Rolle in der südlichen Nachbarschaft definieren. Die 2015 anstehende Überarbeitung der europäischen Aussen- und Nachbarschaftsstrategie bietet Gelegenheit dazu. Nachhaltige Stabilisierung und Demokratisierung der Region ist mit Kosten, Risiken und Nebenwirkungen verbunden. Die Rückkehr zur Ära vor dem Arabischen Frühling, als man Diktatoren im Tausch gegen «Stabilität» schützte, ist nicht gangbar.

Nicole Koenig arbeitet am Jacques-Delors-Institut in Berlin zu ausserpolitischen und institutionellen Herausforderungen der EU. Nikolas Scherer arbeitet beim Dahrendorf-Projekt «Europe and the World». Die hier vertretene Meinung ist die der Autoren.